

L2 Bäuerliche Landwirtschaft statt Monsterbetriebe der Agrarinvestor*innen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Leitanträge

1 Landwirtschaft ist einer der zentralen Eckpfeiler ländlicher Räume. Leider
2 können immer weniger Menschen von ihr leben. Die ohnehin schon großen Strukturen
3 in Brandenburg, die die Zwangskollektivierung der DDR hinterlassen hat, werden
4 nach dem Mantra "Wachse oder weiche!" zu noch größeren Einheiten. In Brandenburg
5 verfügen 6 % der landwirtschaftlichen Betriebe je über mehr als 1000 Hektar und
6 damit insgesamt über knapp die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen –
7 Tendenz steigend.

8 Dies wird unter anderem dadurch getrieben, dass ein Großteil der
9 Agrarfördermittel nur an der Hektarzahl hängt und damit größere Einheiten vom
10 Staat begünstigt werden. Investor*innen ohne Bezug zur Landwirtschaft haben
11 dieses Geschäftsfeld für sich entdeckt und kaufen sich aus Profitgier in
12 Agrargenossenschaften ein, berauben so die Genoss*innen ihrer demokratischen
13 Mitbestimmung. Kaufen Investor*innen Land, fällt in Brandenburg normalerweise
14 eine Grunderwerbsteuer von 6,5 % an. Damit soll verhindert werden, dass Land als
15 Spekulationsobjekt häufig weiterverkauft wird. Die Grunderwerbsteuer greift
16 jedoch nicht, wenn Investor*innen große Unternehmensanteile kaufen, wodurch sie
17 de facto trotzdem über das Land verfügen. Diese Vorgehensweise wird auch als
18 „Share Deal“ bezeichnet.

19 Durch das große Interesse von Investor*innen steigen die Preise für Acker- und
20 Weideflächen stark an. Dies versperrt jungen Menschen, die sich eine Existenz in
21 der Landwirtschaft aufbauen wollen, einen Hof gründen oder übernehmen wollen,
22 den Weg in die Selbstständigkeit. Die hohen Flächenpreise können nicht mehr
23 durch gute Erträge erwirtschaftet werden, sondern entstehen, wenn Land als
24 Kapitalanlage missbraucht wird. Trotz der hohen Geldsummen, die in die Branche
25 fließen, verdienen die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, deutlich
26 weniger als Menschen in anderen Wirtschaftszweigen. Verdienen Investor*innen als
27 Anteilseigner*innen an den Erträgen landwirtschaftlicher Betriebe mit, bleibt
28 umso weniger für die Landwirt*innen.

29 Das wichtigste Instrument, um die aktuellen Entwicklungen zu stoppen, ist das
30 Grundstückverkehrsgesetz. Das bundesweite Grundstückverkehrsgesetz gilt derzeit
31 in den Ländern fort, bis diese ein eigenes Gesetz erlassen. Bisher hat dies nur
32 Baden-Württemberg getan. Wir fordern ein brandenburgisches
33 Grundstückverkehrsgesetz, welches nicht nur ein Vorkaufsrecht für Landwirt*innen
34 (insbesondere Junglandwirt*innen) enthält, sondern Nicht-Landwirt*innen, also
35 Investor*innen, den Erwerb von landwirtschaftlicher Nutzfläche – auch in Form
36 von Share Deals - verbietet.

37 Um kleine Betriebe und bäuerliche Strukturen zu erhalten und wiederherzustellen,
38 fordern wir eine Kappungsgrenze bei der flächengebundenen Agrarförderung der EU.
39 Unbegrenzte Größe darf sich nicht rechnen, stattdessen müssen kleine Betriebe
40 stärker gefördert werden. So lassen sich auch riesige Monokulturen verhindern,
41 welche der Biodiversität Brandenburgs erheblichen Schaden zufügen.